

rief vom Dienst:
2.800/2971 (Durchwahl)
ontag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
omstag 10 bis 17 Uhr,
onn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
brige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlag: R. W. Rothaus, Medieninhaber, Herausgeber und Druck, Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rothaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rothaus,
1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien
Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 12. Juni 1987

Blatt 1258

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

- FP-Pawkowicz: Probleme des kommunalen Wohnbaus wurden nicht beseitigt (1268)
- Edlinger: Im kommunalen Wohnbau wurden viele Weichen gestellt (1268)

Kommunal/Lokal:

- Gesundheitsausschuß: Neue Stellvertreterin (1259)
- Stacher gegen Sterbekliniken (1260)
- Jahr der Obdachlosen: Neue Aktivitäten (1261)
- Fahrtreppen in der Opernpassage werden modernisiert (1262)
- Straßenbauarbeiten in der Sandleitengasse (1263)
- Donauraumplanung: Superstart für zweites Bürgervotum! (1265)
- Gemeinden sollen als Finanzausgleichspartner verankert werden (1266/1267)
- Terminvorschau vom 15. bis 28. Juni (1269/1270)
- Würstelbude auf der Donauinsel abgebrannt (nur FS)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)
- Ferienspiel auf der Ringstraße (nur FS)

Sport:

- „Komm zum Sport“: Volleyball-Cupfinale (1264)

Gesundheitsausschuß: Neue Stellvertreterin

Ilse Forster nach Karl Lacina

Wien, 12.6. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Gesundheits- und Spitalswesen hat eine neue Vorsitzenden-Stellvertreterin: Ilse FORSTER folgte Karl LACINA, dem neuen Bezirksvorsteher des 20. Bezirks. Neues Mitglied des Gesundheitsausschusses wurde Anna Elisabeth HASELBACH. (Schluß) and/rr

Stacher gegen Sterbekliniken

Im Herbst Enquete über das Sterben im Krankenhaus

Wien, 12.6. (RK-KOMMUNAL) Entschieden spricht sich Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER gegen die Einrichtung sogenannter „Sterbekliniken“ aus. Das entsprechende britische Modell (es gibt ähnliche Beispiele auch in anderen Ländern) sei abzulehnen, denn Schwerkranken, die hier aufgenommen würden, müßten sich als „hoffnungslos abgeschrieben“ betrachten, sagte der Gesundheitsstadtrat im zuständigen Gemeinderatsausschuß. Allerdings, so Stacher weiter, sei es durchaus angebracht, die Frage des Sterbens, insbesondere des Sterbens im Krankenhaus, umfassend zu diskutieren. Aus diesem Grund wird es im heurigen Jahr eine Enquete zu diesem Thema geben.

Unter dem Vorsitz von Stadtrat Stacher hatte sich das Österreichische Komitee für Sozialarbeit bereits in den Jahren 1979 und 1980 im Rahmen des Arbeitskreises „Humanität im Krankenhaus“ mit der Problematik des Sterbens im Krankenhaus befaßt. Der damalige Gemeinderatsausschuß für Gesundheit und Soziales hat auch eine Sterbeklinik in London kennengelernt und ist damals zu dem Schluß gekommen, daß eine solche Klinik den Wiener Intentionen zuwiderlaufe. (Schluß) and/rr

Jahr der Obdachlosen: Neue Aktivitäten

Neues Projekt und „Tagesklub für Nichtseßhafte“ genehmigt

Wien, 12.6. (RK-KOMMUNAL) Ein neues Projekt „Straßensozialarbeit mit Nichtseßhaften“ und ein „Tagesklub für Nichtseßhafte“ sollen im Jahr der Obdachlosen 1987, die Betreuung alleinstehender und nichtseßhafter Erwachsener weiter verbessern. Dies beschloß Mittwoch der Gemeinderatsausschuß für Bildung, Jugend, Familie und Soziales.

Präventiv arbeiten, informieren und motivieren, bestehende Hilfseinrichtungen besser zu nützen, das sollen drei diplomierte Sozialarbeiter des Wiener Sozialamtes — MA 12 — im Rahmen des Projektes „Straßensozialarbeit mit Nichtseßhaften“. Die Sozialarbeiter übernehmen damit die verstärkte Betreuung alleinstehender Erwachsener, die unterkunftslos sind, in deren unmittelbarem Lebensbereich, wie Straßen, Parks, U-Bahn-Stationen, usw.

Tagesklub für Nichtseßhafte

Eine weitere Unterstützungsmaßnahme stellt der „Tagesklub für Nichtseßhafte“ dar, der im 2. Bezirk eingerichtet werden soll. In einem geeigneten Gassenlokal werden Sozialarbeiter des Sozialamtes an drei Wochentagen jeweils von 10 bis 18 Uhr Obdachlose betreuen. Die Instandsetzung dieses Klubs, in dem neben Aufenthaltsräumen auch Küche und Sanitärräume, für Nichtseßhafte zur Verfügung stehen, wird rund 2 Millionen Schilling kosten. (Schluß) jel/bs

Fahrtreppen in der Opernpassage werden modernisiert

Elektronische Steuereinheiten erhöhen Betriebssicherheit

Wien, 12.6. (RK-LOKAL) Acht Rolltreppen in der Wiener Opernpassage erhalten jetzt elektronische Steuereinheiten. Damit ist es möglich, den Betrieb ständig zu überwachen und Störfälle zu melden. Für die Modernisierung der Fahrtreppen bewilligte der Gemeinderatsausschuß für Planung und Stadtentwicklung in seiner letzten Sitzung vier Millionen Schilling.

Sechs der vierzehn Fahrtreppen in der Opernpassage wurden bereits mit Mikroprozessoren ausgestattet. Jetzt werden auch die restlichen acht Rolltreppen umgerüstet. Die Mikroprozessoren kontrollieren eine Reihe von „Zuständen“ der Rolltreppe, zum Beispiel die Bremseinstellung, die Bremswege, die Kettenspannung, den Handlauf oder die Temperatur von Motor und Getriebe. Fehler werden in der Folge ihres Auftretens festgehalten. Im Falle einer Störung wird durch eine Ziffernkombination gemeldet, aus welchem Grund die Anlage abgeschaltet wurde.

Durch die ständige Überwachung der Anlage wird die Sicherheit für die Benutzer wesentlich erhöht. Eine Störung kann aber auch schneller behoben werden, da die Störungsart ausgewiesen wird — die Fehler müssen also nicht mehr zeitaufwendig gesucht werden. Dadurch werden auch die Wartungskosten gesenkt.

Sobald alle Rolltreppen in der Opernpassage mit Mikroprozessoren ausgerüstet sind, werden sie an die zentrale Überwachungsanlage in der Schottenpassage angeschlossen. Dort können Zustands- und Fehlerdaten jeder Fahrtreppe auch ausgedruckt werden.

Noch in diesem Jahr werden die Fahrtreppen in der Opernpassage mit neuen Notstopeinrichtungen am oberen und unteren Ende jeder Treppe ausgestattet. Diese Nothaltegriffe sind besser sichtbar und auch leichter erreichbar als die jetzt montierten Nothalteknöpfe. Sie erhöhen also die Sicherheit für die Rolltreppenfahrer. (Schluß) sc/rr

Straßenbauarbeiten in der Sandleitengasse

Wien, 12.6. (RK-LOKAL) Ab Montag wird die Kreuzung Sandleitengasse — Wilhelminenstraße in Ottakring umgebaut. Während der Bauarbeiten, die voraussichtlich bis Mitte September dauern, muß der Verkehr in den beiden Straßenzügen zum Teil umgeleitet werden.

In der Sandleitengasse wird der Verkehr in Fahrtrichtung zum 17. Bezirk über die Konstantingasse — Odoakergasse — Seeböckgasse — zurück zur Sandleitengasse umgeleitet. Der Verkehr in der Fahrtrichtung zum 14. Bezirk bleibt in der Sandleitengasse. Die Wilhelminenstraße wird im Abschnitt zwischen der Odoakergasse und der Sandleitengasse gesperrt — die Zufahrt ist jedcch möglich. Die Umleitung in Richtung stadtauswärts erfolgt über Odoakergasse — Seeböckgasse — Sandleitengasse zurück zur Wilhelminenstraße. Stadteinwärts verläuft die Umleitungsstrecke über Sandleitengasse — Konstantingasse — Odoakergasse — zurück zur Wilhelminenstraße. (Schluß) sc/bs

„Komm zum Sport“: Volleyball-Cupfinale

Wien, 12.6. (RK-SPORT) Im Rahmen der Aktion „Komm zum Sport“ veranstaltet der WAT Kagran am 14. Juni das Herren-Cupfinale im Volleyball gegen Meister und Titelverteidiger Sokol V. Das Spiel beginnt um 10 Uhr in der Rundhalle Liebgasse. Im Vorjahr endete das Endspiel 3:2 für Sokol, auch die Meisterschaftsspiele der beiden Konkurrenten brachten dieses knappe Ergebnis. Beim Cupfinale — ermäßigte Eintrittspreise von 40 Schilling (Erwachsene) und 20 Schilling (Jugendliche) — sind nicht weniger als 11 Teamspieler im Einsatz. (Schluß) hof/bs

Donauraumplanung: Superstart für zweites Bürgervotum!

Bereits 1.000 Einsendungen, viele Detailvorschläge

Wien, 12.6. (RK-KOMMUNAL) Einen Superstart ermöglichten die Wienerinnen und Wiener dem zweiten Bürgervotum im Rahmen des Wettbewerbes „Chancen für den Donauraum Wien“: Innerhalb von nur drei Wochen langten bereits mehr als tausend ausgefüllte Fragebogen in der Projektleitung Donauraum ein.

Zum Vergleich: Beim ersten Bürgervotum, 1986, hatten in einem Zeitraum von rund einem halben Jahr mehr als 4.000 Menschen ihre Mitbestimmungsmöglichkeit genutzt. Der eintausendste Fragebogen stammt von einem Schüler aus Ottakring. Er wünscht sich unter anderem ein „Museum zum Angreifen wie z.B. in Toronto“, mehr „Kinderspielplätze auf Wiesen“, mehr „Bäume und Grünzonen“ und ein „Hundeverbots in Parks“.

Viele Detailvorschläge

Eine erste Auswertung der eingelangten Fragebogen zeigt, daß die Einsender noch stärker als beim ersten Bürgervotum Detailvorschläge einbringen. Besonders interessante Ergebnisse dürfte eine Auswertung der Vorschläge für den Wohnbezirk bringen.

Positive Tendenz für Kraftwerk Freudenau

Eine erste Zwischenauswertung der Frage zum Kraftwerksbau zeigt eine positive Tendenz für das Kraftwerk Freudenau. Genaue Ergebnisse können aber erst nach der Auswertung durch ein unabhängiges Institut veröffentlicht werden.

Wo man den Fragebogen bekommt

Die 16seitige Informationsbroschüre mit dem Fragebogen zum zweiten Bürgervotum ist derzeit bei folgenden Stellen erhältlich:

- Bei der Stadtinformation (Friedrich-Schmidt-Platz)
- Im INFO-Zentrum Donauraum (Messepalast Halle P, Eingang Burggasse, gegenüber Volkstheater)
- Bei der Wanderausstellung
- Telefonisch unter 42 800/3973 DW (Mo-Fr von 8-15 Uhr)

„Wanderausstellung“ bis Oktober unterwegs

Die informative Wanderausstellung, bei der man auch den Fragebogen zum zweiten Bürgervotum erhalten kann, wird bis Anfang Oktober an zahlreichen Stellen in Wien gezeigt. Nach dem Einsatz bei der Wissenschaftsmesse und in der U-Bahn-Station Stephansplatz ist die Ausstellung nun erstmals wieder am Sonntag, dem 14. Juni im Gänsehäufel und am Dienstag am Praterstern zu sehen. Sie wird im Sommer bei den wichtigsten Verkehrsknotenpunkten, sowie in den Bädern gezeigt.

Informationsfahrten für Teilnehmer am Bürgervotum

Wie schon beim ersten Bürgervotum werden jene Teilnehmer, die Namen und Adresse bekanntgeben, im Herbst zu kostenlosen Informationsfahrten im Donauraum eingeladen. Das zweite Bürgervotum endet Mitte Oktober. Die Auswertung wird der internationalen Jury, die Ende Oktober wieder zusammentritt, zur Verfügung stehen. (Schluß) lf/rr

Gemeinden sollen als Finanzausgleichspartner verankert werden

Forderung des Österreichischen Städtebundes

Wien, 12.6. (RK-KOMMUNAL) Zum Abschluß der gestrigen Sitzung beschloß der 37. Österreichische Städtetag eine Resolution, die das Verhältnis zwischen den Gemeinden und den anderen Gebietskörperschaften auf eine neue Basis stellen soll. Veränderungen in der Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft machen ein neues, höheres Maß an gegenseitiger Rücksichtnahme und Solidarität notwendig.

Der Österreichische Städtetag fordert dazu die Verankerung der Österreichischen Gemeinden als Finanzausgleichspartner auf gesetzlicher Basis. In diesem Zusammenhang wird auch die verfassungsmäßige Verankerung des Österreichischen Städtebundes und des Österreichischen Gemeindebundes als Interessensvertretung sämtlicher österreichischer Städte und Gemeinden gefordert.

Ein Anlaß für diese Forderungen war die Vorgangsweise bei der parlamentarischen Behandlung des Grunderwerbssteuergesetzes, bei der ohne Mitwirkungsmöglichkeit der Gemeinden Entscheidungen getroffen wurden, die beträchtliche Einnahmeverluste für diese zur Folge haben. Der Städtebund fordert deshalb die Abgeltung dieser Verluste und verlangt die sofortige Aufnahme von Verhandlungen zur Klärung dieser Frage, aber auch zur Realisierung jener Forderungen, die aus dem letzten Finanzausgleichs-Pakt offen sind. Gleichzeitig wird das dringende Ersuchen an den Bundesgesetzgeber gerichtet, besonders bei der vorgesehenen Steuerreform auf die Haushalte der Gemeinden entsprechend Bedacht zu nehmen.

Schwerpunkte Steuerreform und Finanzausgleich

In der heutigen Sitzung des Städtetages nehmen Vertreter aller drei Gebietskörperschaften zur Steuerreform und zum Finanzausgleich Stellung. Aus der Sicht der Gemeinden sagte der Grazer Vizebürgermeister Dr. Alfred EDLER, daß laut Finanzverfassungsgesetz die Grenzen der Leistungsfähigkeit der Gebietskörperschaften bei der Verteilung der Finanzmasse nicht überschritten werden dürfen. In dieser Hinsicht wurden die Forderungen der Gemeinden aus den Finanzausgleichen seit 1979 hinsichtlich der Landesumlage, einer Änderung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels und einer Regelung für entwicklungsbedürftige Gebiete in keinem einzigen Punkt erledigt.

Auch eine Reihe von Forderungen aus dem Finanzausgleich 1985 ist noch offen. Derzeit gibt es Verhandlungen mit dem Finanzminister in bezug auf das Grunderwerbssteuergesetz, das Abgabenänderungsgesetz und über den Terminplan für die kommenden Finanzausgleichsverhandlungen. Dabei werden vor allem zwei wesentliche Schwerpunkte seitens Vizebürgermeister Dr. Edler verlangt: die seit langem vorgesehene Beseitigung der Landesumlage und die Festlegung eines Fixsatzes zur Aufteilung der gemeinschaftlichen Bundesabgaben.

Budgetkonsolidierung nicht zu Lasten der Gemeinden

Aus der Sicht der Länder sagte der Vorarlberger Landesrat Dr. Guntram LINS, das österreichische Steuersystem sei weit weg von dem rationalen Ideal, das angestrebt werde.

Veränderungen könnten nur schrittweise erfolgen, weil es gegen jede einzelne Maßnahme Widerstände gebe. Die Steuerreform sollte das System nicht nur einfacher und gerechter machen, sondern zu einer Beseitigung der Leistungsfeindlichkeit führen. Während die Schuldenent

wicklung beim Bund „leichtfertig“ herbeigeführt worden sei, war sie bei Ländern und Gemeinden unvermeidliche Folge notwendiger Aufgaben, sagte Lins. Die Budgetkonsolidierung dürfe daher nicht die Länder und Gemeinden belasten, deren Anteil am Steueraufkommen ohnehin laufend sinke.

Finanzminister Lacina über Finanzausgleich

Wie Finanzminister Dkfm. Ferdinand LACINA seitens des Bundes sagte, habe dieser den Grundsatz der ausgewogenen Lastenverteilung stets sehr ernst genommen und Verständnis für die finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinden dokumentiert. Das Finanzausgleichsgesetz 1985 habe auch eine wesentliche Verbesserung der finanziellen Situation der Städte und Gemeinden gebracht, vor allem durch die Senkung der Landesumlage.

Für das Jahr 1987 werden die Gemeinden gegenüber 1983 um rund zwei Milliarden Schilling mehr, der Bund um 2,2 Milliarden Schilling weniger aus dem Finanzausgleich erhalten.

Heuer werden durch steuerliche Maßnahmen Mehreinnahmen für alle Gebietskörperschaften erwartet. Seine Zielsetzung sei, so Lacina, eine finanzielle Erholung aller Gebietskörperschaften, die aus dem Gesamtpaket gewährleistet sei.

Im Hinblick auf die Vielfältigkeit der anstehenden Probleme habe er bereits mit Ländern und Gemeinden die Gespräche über den neuen Finanzausgleich aufgenommen, sagte Lacina. Diese müsse aber unter der Zielsetzung der Budgetkonsolidierung stehen. Die finanzielle Lage stelle sich bei Bund und Gemeinden zu Beginn der Verhandlungen ungünstig dar, während die der Länder vergleichsweise besser sei.

Zur gesetzlichen Verankerung der Gemeindebünde sagte Lacina, daß diese aus seiner Sicht durchaus vorstellbar sei, obwohl auch bisher die Gesprächsführung selbstverständlich gewesen sei.

Die Gemeindebünde müßten dazu aber einen neuen rechtlichen Status erhalten, etwa als Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Zwangsgliedschaft.

Lacina kündigte die Schaffung eines neuen Finanzkraftschlüssels zur Verbreiterung der Basis zur Erfassung der Finanzkraft der Gemeinden an, weiters die Berücksichtigung von Zweitwohnsitzen bei Volkszählungen, eine Umwandlung der Getränkesteuer in eine umsatzartige Verkehrssteuer, eine Abgeltung der Leistungen der Statutarstädte und eine mögliche Senkung der Landesumlage als Verhandlungspunkte für den kommenden Finanzausgleich an. Auch ein Fixsatz zur Aufteilung der gemeinwirtschaftlichen Bundesabgaben wäre laut Lacina geeignet, verschiedene Entwicklungen während einer Finanzausgleichsperiode außer Streit zu stellen. Als weitere wichtige Punkte für die Verhandlungen nannte Lacina die Besoldung der Landeslehrer, die Übertragung der Wohnbauförderung an die Länder, den Kostenersatz der Länder bei der Mitwirkung der Bundesgendarmerie zur Vollziehung von Landesgesetzen und eine Neuordnung der Aufgaben im Straßenbau. Zur bevorstehenden Steuerreform stellte Lacina fest, daß alle Maßnahmen nur in Abstimmung mit den Erfordernissen und Notwendigkeiten der öffentlichen Haushalte aller Gebietskörperschaften in Angriff genommen würden. Die richtige Balance zwischen „Kaputtsparen“ und „Öffentlicher Verschwendung“ könne nur gemeinsam gefunden werden. Vor allem bei der Aufklärung der Bürger über die erforderlichen Maßnahmen werden alle Gebietskörperschaften ihren Beitrag leisten müssen, stellte Lacina fest. (Schluß) roh/rr

Forts. von Blatt 1266

FP-Pawkowicz: Probleme des kommunalen Wohnbaus wurden nicht beseitigt

Wien, 12.6. (RK-POLITIK/KOMMUNAL) Nach einjähriger Tätigkeit habe der Wiener Wohnbaustadtrat die Probleme und gravierenden Schwachstellen des kommunalen Wohnbaus nicht beseitigen können, erklärte FPÖ-Gemeinderat Dipl.-Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ Freitag in einer Pressekonferenz.

Nach Ansicht von Pawkowicz kommt es in den Bereichen Bauausführung, Wohnungsvergabe und Verwaltung der Wohnhäuser zu den spürbarsten Mißständen. Pawkowicz sprach sich gegen das Generalunternehmertum und für eine Trennung von Planung und Bauausführung aus. Ferner verlangte Pawkowicz ein Punktesystem zur objektiven Vergabe von Gemeindewohnungen, wobei der zuständige Gemeinderatsausschuß über die Zuerkennung von Zusatzpunkten für Tatbestände, die nicht durch die bestehenden Vergaberichtlinien erfaßt sind, jeweils beraten und entscheiden solle. Schließlich begrüßte Pawkowicz das von der SPÖ vorgelegte Diskussionspapier zur Mietermitbestimmung, verlangte in diesem Zusammenhang aber auch Schritte zur teilweisen Privatisierung von Gemeindewohnungen. (Schluß) ah/rr

Edlinger: Im kommunalen Wohnbau wurden viele Weichen gestellt

Wien, 12.6. (RK-POLITIK/KOMMUNAL) „Im kommunalen Wohnbau wurden im vergangenen Jahr wichtige Weichen gestellt, um vorhandene Probleme zufriedenstellend und im Interesse der betroffenen Bewohner zu lösen“, erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“.

Ein im März des Jahres vorgestelltes Maßnahmenpaket werde sicherstellen, daß der Wohnungsneubau billiger, die Stadterneuerung flotter und die Wohnhäuserverwaltung unbürokratischer werde, sagte Edlinger.

Vorhandene Baumängel an Gemeindebauten seien für die Bewohner ebenso unangenehm wie für die Verwaltung. Wenig Erfahrung mit komplizierten Planungen einerseits und Bauaufsichtsprobleme andererseits haben zu technischen Problemen geführt. Die Sanierung der Mängel werde aber bis 1990 nach einem Konzept unter verstärkter Einbindung, jedoch ohne finanzielle Belastung der Mieter erfolgen, erklärte Edlinger. Man sei darüberhinaus in Verhandlung, Architekten mit der örtlichen Bauleitung zu beauftragen, um eine sorgsame Bauausführung zu gewährleisten. Ebenso in Diskussion befinden sich das Generalunternehmertum sowie das Billigstbieterprinzip, wobei Entscheidungen aber noch ausstehen. Und schließlich wurden durch eine Umorganisation der Bauabteilung MA 24 effizientere Baukontrollgruppen geschaffen.

Die Vergabe der Gemeindewohnungen erfolge, so Edlinger, streng nach den öffentlich einsehbaren Vergaberichtlinien. Die wenigen Ausnahmen werden durch die Wohnungskommissionen, die parlamentarisch besetzt sind und unter Vorsitz eines unabhängigen Juristen stehen, zumeist einstimmig festgelegt.

Edlinger begrüßte die Zustimmung der Wiener Freiheitlichen zur Erweiterung der Mietermitbestimmung, stellte aber richtig, daß die Mieter bereits seit 1973 die Möglichkeit der bargeldlosen Mietenbezahlung hätten und dies auch nützen. Die Übergabe von Wohnbauten in die Verwaltung gemeinnütziger Wohnungsvereinigungen werde seit Jahren praktiziert, wenn dadurch möglich Probleme gelöst werden können, sagte Edlinger.

Im übrigen begrüße er das Interesse von GR. Dr. Pawkowicz, Diskussionsbeiträge zum kommunalen Wohnbau zu liefern, nachdem er 11 der bisher 15 Sitzungen des zuständigen Gemeinderatsausschusses ferngeblieben ist, schloß Stadtrat Edlinger. (Schluß) ah/rr

Terminvorschau von 15. bis 28. Juni

Wien, 12.6. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit von 15. bis 28. Juni hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 15. JUNI:

9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Finanzen und Wirtschaftspolitik

10.00 Uhr, Pressefahrt „15 Jahre Ferienspiel“, StR. Smejkal

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

11.00 Uhr, Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Univ.-Prof. Dr. Tuppy und Bgm. Dr. Zilk „Eröffnung der Kernspintomographie-Anlage im AKH“ (Großer Hörsaal der Schule für den Medizintechnischen Dienst, 9, Lazarettgasse 14)

11.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Wohnbau und Stadterneuerung

DIENSTAG, 16. JUNI:

10.00 Uhr, Presseschau Modeschule Hetzendorf (12, Hetzendorfer Straße 79)

11.30 Uhr, Pressekonferenz des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Festakt für jubilierende Hochzeitspaare der Bezirke 15 bis 23, Bgm. Zilk (Festsaal, Rathaus)

18.00 Uhr, Bgm. Zilk und der Ephelant-Verlag: Vorstellung des Buches „Leopold Ungar — Die Weltanschauung Gottes“ von Franz Richard Reiter (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)

MITTWOCH, 17. JUNI:

12.30 Uhr, StR. Hatzl — „Festveranstaltung 15 Jahre MA 38“ (Festsaal, Rathaus) anschließend Baustellenbesichtigungen (Abfahrt mit Bussen vom Rathaus)

19.30 Uhr, Eröffnung Modeschau Hetzendorf (12, Hetzendorfer Str. 79)

DONNERSTAG, 18. JUNI:

vorläufig keine Termine

FREITAG, 19. JUNI:

12.00 Uhr, StR. Mrkvicka: Benennung des Gabor-Steiner-Weges (2. Enthüllung zweier Gedenktafeln zu Ehren von Gabor Steiner und Josephine Gallmeyer am Haus Praterstraße 56 sowie von Fritzi Massary am Haus Praterstraße 66)

SAMSTAG, 20. JUNI:

15.00 Uhr, Beginn des Blumenkorso im Prater

ca. 17.30 Uhr, Empfang, Bgm. Zilk (Wiese des Liliputbahn-Areals)

SONNTAG, 21. JUNI:

vorläufig keine Termine

AB MONTAG, 22., BIS MITTWOCH 24. JUNI:

Rechnungsabschluß

DIENSTAG, 23. JUNI:

8.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

nach Abschluß der Rechnungsabschlußdebatte folgt:
Gemeinderatsausschuß Verkehr und Energie

MITTWOCH, 24. JUNI:

8.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Bildung, Jugend, Familie und Soziales

DONNERSTAG, 25. JUNI:

9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Wohnbau und Stadterneuerung

10.00 Uhr, Eröffnung eines städtischen Kindertagesheimes durch StR. Smejkal (17, Röttergasse 21)

10.30 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl „80 Jahre städtische Bestattung“

11.00 Uhr, Vergabe der Förderungsmittel aus dem medizinisch-wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters durch Bgm. Zilk (Wappensaal, Rathaus)

11.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

13.00 Uhr, Überreichung des Dekrets „Regierungsrat“ durch StR. Smejkal an OAR i. R. Karl HEINY (Arbeitszimmer Smejkal)

14.00 Uhr, Festakt 80 Jahre Städtische Bestattung (4. Goldeggasse 19)

18.30 Uhr, Eröffnung des Bestattungsmuseums (4. Goldeggasse 19)

19.00 Uhr, Wiener Vorlesungen „Auf der Suche nach dem Gemeinsamen“ — Dr. Marion Gräfin Dönhoff: „Preußen in Europa. Vom Erhabenen zum Lächerlichen“ (Bgm. Zilk und StR. Mrkvicka) (Stadt-senatssitzungssaal, Rathaus)

FREITAG, 26. JUNI:

10.00 Uhr, Eröffnung des Huberparks durch StR. Braun und BV Barton (16, Hubergasse 15)

11.00 Uhr, Eintragung ins Goldene Buch der Stadt Wien durch den Patriarchen der rumänisch-orthodoxen Kirche Seiner Seligkeit TEOCTIST, Bgm. Zilk (Roter Salon, Rathaus)

11.30 Uhr, Überreichung der Prof.-Dr.-Julius-Tandler-Medaille durch Bgm. Zilk an Ehrensensator Komm.-Rat Johann HRABAK (Arbeitszimmer, Bgm.)

16.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Mrkvicka an Prof. Horst WINTER, Otto BRUNNHAUSER, Robert HAMMERL, Rudolf HECL, Karl MARTIN, Rudolf PANEC (Steinerner Saal, Rathaus)

SAMSTAG, 27. JUNI:

vorläufig keine Termine

SONNTAG, 28. JUNI:

von 10 bis 17 Uhr: Mitspielfest anlässlich „15 Jahre Wiener Ferienspiel“ Ringstraße, Familiensonntag

ab 14 Uhr: Bäderfest im Ottakringer Bad

(Schluß) red/gg

Forts. von Blatt 1269